



- BMVgAVL V19322 -

Bundesministerium der Verteidigung, 11055 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Petra Pau
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Siemtje Möller

Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin

TEL +49 (0)30 2004-22400
FAX +49 (0)30 2004-22441
E-MAIL BueroMoeller@bmvg.bund.de

BETREFF **Schriftliche Frage 6/320 und 6/321 der Abgeordneten Petra Pau vom 22. Juni 2023, eingegangen beim Bundeskanzleramt am 22. Juni 2023**
ANLAGE Antwort der Bundesregierung auf die oben genannten Schriftlichen Fragen
DATUM Berlin, 5. Juli 2023

Sehr geehrte Frau Kollegin,

beigefügt übersende ich Ihnen die Antwort der Bundesregierung auf Ihre oben genannten Schriftlichen Fragen.

Mit freundlichem Gruß

Siemtje Möller

Parlamentarische Staatssekretärin

Schriftliche Frage 6/320

„Welche Maßnahmen zur Erfassung, Bearbeitung und Prävention von Antisemitismus und zur Vermittlung der breiten Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland und des Judentums als Teil der demokratischen Gesellschaft finden in der Bundeswehr im Rahmen von Aus- und Weiterbildung sowie im beruflichen Alltag Anwendung?“

Die Bundeswehr geht jedem Verdachtsfall auf Extremismus konsequent nach.

Extremistinnen und Extremisten haben keinen Platz in der Bundeswehr. Oberste Priorität im Sinne dieser Null-Toleranz-Linie bleibt es, Extremisten und Extremistinnen von der Bundeswehr fernzuhalten oder sie schnellstmöglich aus dem Dienst zu entfernen. Deshalb wird über die bereits etablierten Maßnahmen hinaus derzeit im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) ein Gesetzentwurf zur Änderung des Soldatengesetzes erarbeitet. Dieser soll die Grundlage dafür schaffen, Soldatinnen und Soldaten, die verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen oder unterstützen, schneller aus der Bundeswehr entlassen zu können.

Mit dem Meldewesen „Innere und Soziale Lage in der Bundeswehr“ werden Verdachtsfälle aus allen Bereichen der Streitkräfte erfasst und dokumentiert. Diese Meldungen fließen in die Jahresberichte der Koordinierungsstelle für Extremismusverdachtsfälle beim BMVg ein.

Vorbeugende Maßnahmen gegen Extremismus werden in der Bundeswehr in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Soldaten und Soldatinnen, Vorgesetzten und zivilen Bundeswehrangehörigen sowie in der Personalführung und -gewinnung umgesetzt .

Dem persönlichen Vorbild von Vorgesetzten mit einer klaren, eindeutigen Haltung gegen Extremismus jedweder Ausprägung kommt im Rahmen von Aus- und Weiterbildung sowie im beruflichen Alltag entscheidende Bedeutung zu.

Die breite Vielfalt jüdischen Lebens sowie das Judentum ist auch Teil der Bundeswehr. Mit der Einrichtung einer jüdischen Militärseelsorge in der Bundeswehr kommt dies in besonderer Weise zum Ausdruck. Darüber hinaus sind Vielfalt und Judentum wichtige Themen der Zentralen Ansprechstelle für den Umgang mit Vielfalt (ZAVI) des Zentrums

Innere Führung (ZInFü) im Rahmen von Beratung und Information von Vorgesetzten, Lehrenden und Betroffenen.

Konkret werden die Themen im Sinne der Fragestellung unter anderem folgendermaßen umgesetzt:

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Vorurteile und Stereotype, unbewusste Vorannahmen, Antidiskriminierung und gelebte Inklusion werden regelmäßig in Form von Trainings, Vorträgen und Diskussionsrunden am ZInFü thematisiert. Darüber hinaus stellt das ZInFü eine Vielzahl von Angeboten zur Extremismusprävention hinsichtlich Erkennung und Vorbeugung von Antisemitismus auf seinem Portal Innere Führung für alle Angehörigen der Bundeswehr bereit.

Zudem ist die Prävention von Antisemitismus auch ein Ziel des Seminars „Jüdisches Leben in Deutschland“ des ZInFü. Darin werden den Teilnehmenden – zivilen und militärischen Angehörigen der Bundeswehr und des BMVg - u.a. Einblicke in das jüdische Leben in Deutschland und in Israel sowie behördliche Maßnahmen gegen antisemitisch motivierte Straftaten in Deutschland vermittelt.

Darüber hinaus hat der Militärische Abschirmdienst im Rahmen seiner Präventionsarbeit auch einen Vortragsanteil eigens zu dem Thema „Antisemitismus“ geschaffen. Dieser wird im Rahmen des Präventions-, Vortrags- und Beratungswesens gegenüber den Dienststellen des Geschäftsbereichs des BMVg eingesetzt.

Schriftliche Frage 6/321

„Wie ist die Mitwirkung des Militär rabbinats am sogenannten Lebenskundlichen Unterricht zur ethischen Bildung (LKU) konkret ausgestaltet und welche Inhalte haben sich daraus für den LKU ergeben?“

Der Lebenskundliche Unterricht (LKU) ist eine Säule der Ethischen Bildung in den Streitkräften. Er ist kein Religionsunterricht und liegt organisatorisch und inhaltlich in der Verantwortung der militärischen Vorgesetzten. Die Einrichtung der jüdischen Militärseelsorge hat deshalb keine Auswirkungen auf die Inhalte des LKU. Alle drei religiösen Strömungen der Militärseelsorge unterstützen die militärischen Vorgesetzten durch die Militärseelsorgerinnen und -seelsorger in der Bundeswehr im Rahmen der Durchführung des LKU.